

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Redaction: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M 149.

Mittwoch den 1. August.

1883.

Für die Monate August und September werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 80 reth. 84 Pfg. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen. Subskriptionen finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

* * * Väter und Zorka.

Wären Rußland und Oesterreich äußerlich noch freundlich zu einander thun, auf der Balkanhalbinsel führen sie ununterbrochen einen vorwiegend unterirdischen Kampf. Beide sind überzeugt, daß sie einmal mit einander auf Tod und Leben ringen werden, um zu entscheiden, ob das griechische oder das lateinische Kreuz zwischen dem Bosnien und der Adria herrschen soll. Oesterreich streitet sich darauf vor, zu geeigneter Stunde von Bosnien aus seinen Weg nach Saloniki anzutreten. Rußland hat alle Balkanländer mit einem Netze von Agenten überzogen und der russische Krieger sieht seine alte Jugkraft aus von Dalmatien bis zum Bosporus.

Bulgarien ist bis jetzt nur eine russische Satrapie; ja Fürst Alexander hat in seinem Lande weniger Macht als ein orientalischer Satrap. Russische Generale regieren das Land und lassen den Fürsten nur die Rolle einer einflußlosen Puppe. Derselbe füllt die traurige Rolle, die er spielen hat, tief, und viele Bulgaren sind des Fürsten Uebermuß auch schon satt; aber der Verfassungsbruch Alexanders steht zwischen ihm und dem Volke, und auch für die Zukunft der Krone bedauert, wird er schwerlich der Gründer der neuen Dynastie sein. Schon hat Rußland mehrere Candidaten in petto.

Montenegro ist durch russisches Geld und russischen Einfluß geschaffen; es wird auch dadurch fortgesetzt erhalten. Die Schwarzen Berge sind für Oesterreich ein unangenehmes Stück in dem westlichen Theile der Halbinsel, den es zu sich in seinen Machtbereich zu ziehen begriffen ist. Nur Serbien ist dem russischen Einfluß im Allgemeinen nicht unterthan. Sich von Rußland Zeit lang zurückgesetzt fühlend und dem österreichischen Einfluß seit der Occupation Bosniens als früher verfallen, hat Milan sich seit dem Rücktritt des russischgesinnten früheren Ministerpräsidenten Niksch nach an Oesterreich angelehnt und sich dadurch die tödliche Feindschaft Rußlands zugezogen. Wie groß diese ist, erhellt daraus, daß Rußland als Werkzeug die Hände der herrschenden Familie Obrenowitsch vorstreckt; die Familie Karagorgewitsch. Tod im wahren Sinne des Wortes; denn Begründer dieser Familie, der berühmte „Vater Georg“, Serbiens Befreier wurde auf Ansehen von Milosch Obrenowitsch ermordet, und sein Sohn, Fürst Michael, fiel unter der Hand der Mörder, die der Sohn des schwarzen Georg, Alexander Karagorgewitsch gedungen; Fürst Obrenowitsch erntete nicht die Frucht des Mordes; sein Erbanwärter wurde der junge Milan Fürst ausgerufen. Alexanders Sohn, Peter, ist es nun, den Rußland gegen Milan auspielt. Eigentlich ist es ein

benen Putz- und Mordversuche ziemlich draufgegangen sein. Als Prinz Peter vor einiger Zeit nach Cetinje ging und um die Tochter des Fürsten Nikita, die in Petersburg erzogene Prinzessin Zorka, anhielt, soll deren Vater zunächst ein langes Gesicht gemacht haben. Aber es war Rußlands Wunsch, daß Peter und Zorka ein Paar würden, und der russische Krieger hat die Bedenken Nikita's beseitigt: der Kaiser soll der Braut eine Aussteuer und dem jungen Paare eine Anapanage ausgesetzt haben, und so wird denn am 11. August zu Cetinje die Hochzeit stattfinden; der Kaiser von Rußland wird sich dabei von einem General vertreten lassen. Wahrscheinlich werden Peter und Zorka in der Geschichte der Balkanstaaten noch eine Rolle zu spielen berufen sein.

Politische Uebersicht

Die Reise des Grafen Kalnochy nach Galicien, die zwei Audienzen, welche ihm Kaiser Wilhelm gewährt und die darauf erfolgte Verleihung des hohen Ordens von Schwarzen Adler werden in der diplomatischen Welt eifrig besprochen. Es findet sich kaum Jemand, welcher der Versicherung der Offiziosen, der Besuch des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen in Galicien habe keinen politischen Beweggrund gehabt, Glauben schenkte. Hätte es sich nur um Verabredungen wegen der Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph gehandelt, so würde die Entsendung des Oberhofmarschalls oder eines anderen Hofwürdenträgers genügt haben; denn seit Jahren haben die Zusammenkünfte der beiden Kaiser in Galicien oder Pöchl den Charakter freundschaftlicher Begrüßungen getragen, als welche sie sich auch durch die Abwesenheit der leitenden Staatsmänner oder ihrer Stellvertreter sofort kennzeichnen. Wenn diesmal vor der gewöhnlichen Begegnung die Entsendung des Grafen Kalnochy an den deutschen Kaiser für nothwendig erachtet wurde, so liegt es nahe, dieser außergewöhnlichen Mission des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten wichtige politische Beweggründe unterzuziehen. Welcher Art dieselben gewesen, das ist bis jetzt Geheimniß der Eingeweihten. Der Graf soll, wie aus Wien gemeldet wird, nach Galicien gegangen sein, um unserm Kaiser einen Vortrag über die Gesamtpolitik des Kaiserstaates zu halten, das würde eine gewisse Vorbeugung gegen die gegenwärtige politische Lage Oesterreich-Ungarns auf deutscher Seite voraussetzen. Die Verleihung des schwarzen Adlersorden an den Grafen würde danach als eine Anerkennung für die befriedigende Art gelten müssen, mit der es ihm gelungen, durch seinen Vortrag die obwaltende Unsicherheit in der Beurtheilung der österreichisch-ungarischen Politik zu beseitigen. Auf jeden Fall darf man in dieser Auszeichnung, welche dem Träger der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns von Seiten unseres Kaisers zu Theil geworden ist, einen neuen Beweis für die bundesfreundlichen Beziehungen zwischen den Regierungen von Berlin und Wien erblicken, und wird man sowohl in Paris wie in Petersburg diese Bedeutung der Gasteiner Reise des Grafen Kalnochy nach dieser Richtung hin zu würdigen wissen.

Im italienischen Kriegsministerium geht man seit längerer Zeit mit dem Plane um, auf der Insel Sardinien Befestigungen anzulegen. Ein höherer Marineoffizier ist mit speziellen Studien in dieser Angelegenheit beauftragt worden und dürfte dessen Vorschläge zunächst auf die Befestigung der Häfen Cagliari und Portoferrato hinausgehen.

Ueber die Zustände in Süd-Afrika wird der „Times“, aus Durban vom 26. Juli berichtet: Die Meldung von Ubepeu's erfolgreichem Angriff von Uundi hat sich bestätigt. Ubepeu machte, wie es scheint, einem plötzlichen Angriff unverzüglich nach Sonnenaufgang, der eine Panik unter Ketschwayos Anhängern verursachte, welche deren gänzliche Niederlage zur Folge hatte. Ketschwayo wurde getödtet und viele seiner hervorragendsten Häuptlinge sowie alle seine Weiber theilten sein Loos. Uundi und Nodwengu wurden eingekerkert und das ganze Eigenthum Ketschwayos einschließlich der Geschenke, welche er in England empfangen hatte, ward vernichtet. Ubepeu marschirte sofort zurück, um Umnyaman und Undabula anzugreifen. Ketschwayo's Sohn, Dabulamanzi und andere Häuptlinge haben sich nach Guluwani in dem reservierten Territorium zurückgezogen. Es herrscht große Aufregung in dem Lande. Nur ein Theil von Ketschwayos Anhang wurde bei Uundi geschlagen. Ubepeu ist jetzt damit beschäftigt, Dham zu befreien. Es ist gegenwärtig unmöglich, die Zukunft selbst in der allgemeinsten Weise anzudeuten.

Deutschland.

— (Der Reichskanzler Fürst Bismarck) ist, von der Frau Fürstin Bismarck, dem Grafen Wilhelm Bismarck und Dr. Schwenninger begleitet, am Sonnabend Abend 9 Uhr 45 Minuten in Kissingen eingetroffen und von dem zahlreich versammelten Publikum freudigst mit Hochrufen begrüßt worden.

— (Zur Schulgelddfrage.) In neuerer Zeit hat dem Vernehmen nach der Unterrichtsminister den Aufsichtsbehörden empfohlen, auf die Beseitigung oder Ermäßigung des Schulgeldes bei den Volksschulen hinzuwirken. Dies ist ohne Zweifel auf Veranlassung des Fürsten Bismarck geschehen, welcher bereits in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Februar 1881 der Forderung des Abg. Richter zustimmte, die Elementarlehrer durch Aufhebung des Schulgeldes von den Gemeinden unabhängig zu machen. Für Aufhebung des Schulgeldes war auch der frühere Cultusminister Dr. Falk eingetreten, weil die Verfassung dasselbe ausdrücklich ausschließt. Im Art. 25 der Verfassung heißt es nämlich: „In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.“ Wie das zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Sage, der unmittelbar vorhersteht: „Die Mittel zur Unterhaltung der Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens vom Staate aufgebracht.“ Beide Sätze zusammengenommen bedeuten: Die Kosten für die Schule und den Lehrer sollen nicht durch ein Schulgeld für das einzelne Kind, sondern von der Gemeinde

im Ganzen in derselben Weise, wie andere Gemeinbedürfnisse, also durch Gemeindesteuer aufgebracht werden. Nicht nur die einzelnen Familienwäter, welche Kinder zur Schule schicken, sondern alle Hauswäter und Gemeindeglieder, auch wenn sie keine schulpflichtigen Kinder haben, sollen zur Unterhaltung der Schule und des Lehrers beitragen. Der Art. 25 der Verfassung ist bisher deshalb nicht zur Ausführung gekommen, weil das Unterrichtsgesetz, in welchem alle Verhältnisse des Schulwesens neu geordnet werden sollen, noch nicht mit dem Landtage vereinbart worden ist. Wenn jetzt an maßgebender Stelle für Aufhebung des Schulgelds eingetreten wird, so dürfte sich das hauptsächlich dadurch erklären, daß man gegenüber der durch die neue Zollgesetzgebung hervorgerufenen Vertheuerung aller Lebensmittel den mittleren und kleinen Mann wieder entlasten will. Hierfür spricht der Umstand, daß alle bisherigen Unterrichtsminister Preussens — ausgenommen v. Ladenberg und Dr. Falk, die aber auch an höherer Stelle Widerspruch fanden — gegen eine vollständige Aufhebung des Schulgeldes waren. Es hieß z. B. in den Motiven zu dem bezüglichen Gesetzentwurf, welchen der Minister v. Mülller im Jahre 1868 dem Landtage vorgelegt hatte, daß die Erhebung des Schulgeldes durch neue Gemeindesteuern in weiteren Kreisen auf den größten Widerpruch stoßen würde, da jede neue Steuer schwerer empfunden werde, als eine altgewohnte Zahlung, und weil die neue Schulsteuer auch diejenigen Familienwäter, welche keine Kinder zur Schule schicken, dauernd belasten würde. Um daher unter den Mitteln für die Unterhaltung der Schule das Schulgeld nicht unbedingt auszuschließen und nicht überall eine Schulsteuer einführen zu müssen, wollte der genannte Minister in das Gesetz über die Unterhaltung der Schule eine Bestimmung des Inhalts aufgenommen wissen: „Als Beitrag zu den Unterhaltungskosten der öffentlichen Volksschulen kann von den dieselben besuchenden Kindern ein Schulgeld erhoben werden.“

(Zur Auswanderung.) Die Warnungen, welche von den Regierungen gegen die Auswanderung nach Amerika dauernd erlassen werden, erweisen sich als wirkungslos; im Großen und Ganzen läßt sich eher eine Zunahme wie eine Verminderung der Auswanderung wahrnehmen. In der neuesten Zeit wird namentlich über große Auswanderungslust aus der sächsischen Oberlausitz berichtet. Es sollen namentlich Gagarrenarbeiter von dort äußerst zahlreich nach Südamerika auswandern, welche dort eine lohnende Beschäftigung zu finden hoffen.

(Zur Choleraabwehr.) Der Kultusminister v. Schöler hat an die königlichen Regierungen einen längeren Erlass gerichtet, welcher sich mit den Maßregeln gegen die Cholera befaßt. Es heißt in demselben:

Das Auftreten der Cholera in Aegypten legt in Betracht der letzten Verschleppbarkeit dieser Krankheit den Sanitätsbehörden die größte Sorgfalt zuzuwenden und sanitäre Verhältnisse in geeigneter Weise und energisch zu besämpfen, damit nirgends Zustände entstehen, welche die Entwicklung epidemischer Krankheiten begünstigen. Die prophylaktischen Maßnahmen beziehen sich zunächst auf die Reinhaltung des Bodens durch ordnungsmäßige Beseitigung der Unschädelmache der Dejectionen und Abfälle aller Art, durch Reinhaltung und Desinfection der öffentlichen Bedürfnisanstalten im Freien, so wie in geschlossenen Räumen. Auf die Fernhaltung gesundheitswidriger Nahrungs- und Genußmittel ist zu achten, insbesondere auf die Beschaffung eines ausreichenden und gesunden Trinkwassers besondere Sorgfalt zu verwenden. Die Beschaffenheit der Brunnen und der anderweitigen Bezugswasser für das Trinkwasser, die Lage der Aborte, Dungstellen und sonstigen zur Aufnahme von faulnis-erregenden Substanzen bestimmten Anlagen ist erneut in sorgfältiger Controle zu nehmen. Nicht minder bedürfen die Wohnungen, namentlich diejenigen, welche von einer dichtgedrängten oder einer fluctuirenden Wohnbevölkerung benutzt werden, eingehender Beobachtung, wie Massenquartiere, Herbergen, Logis- und Koffhäuser, ferner Privatquartiere, welche von mehreren Personen bewohnt werden, sodann Räume, welche bei öffentlichen Bauten von Arbeitern zum Wohnen benutzt werden. Gewerbliche Anlagen, in welchen, sei es faulnis-erregende, sei es zur Vorbereitung ansteckender Krankheiten geeignete Stoffe sich befinden, bedürfen einer erhöhten Beachtung. Auch auf die baugerechte Bevölkerung, so wie auf die aus Nachbarstaaten im Grenz-, namentlich im Fußpostverkehr auf-

biefeitiges Staatsgebiet übertretenden Personen ist die Aufmerksamkeit der Exekutivorgane zu richten. Märkte, Messen und andere Versammlungen, welche Gelegenheit zur Anhäufung größerer Menschenmassen geben, werden eingehender Beachtung bedürfen.“

Ausdrücklich ist in dem Erlass noch betont, daß keine Maßregeln ergriffen werden, welche geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen, daß vielmehr nur die Ueberzeugung erweckt und bekräftigt werde, daß es sich lediglich um vorbeugende Anordnungen handle, welche zur Beseitigung der erfahrungsmäßig den Ausbruch und die Verbreitung ansteckender Krankheiten befördernden Umstände bestimmt sind.

(Lutherfeier.) In dem Erlass des Königs vom 21. Mai über das am 10. und 11. November d. J. in den evangelischen Kirchen und Schulen abzuhaltende Lutherfest waren am Schluß die weiteren Ausführungsbestimmungen dem Kultusminister vorbehalten. In Bezug auf die Schulfeier sind dieselben jetzt, wie man hört, den Provinzial-Schulcollegien und durch diese den Schulvorständen bereits zugegangen. Als notwendiger und hauptsächlichster Theil der Schulfeier ist bei den höheren Schulen ein Vortrag des Directors oder Lehrers zu betrachten, welcher der Festversammlung die Bedeutung des Tages vergegenwärtigt. Jedoch ist es in allen Schulen den Lehrern zur ersten Pflicht gemacht, sich der Angriffe auf andere Religionsgesellschaften zu enthalten; auch bei der Wahl der Bücher, welche etwa zur Vertheilung gelangen, ist die entsprechende Rücksicht zu nehmen. Die vollste Anerkennung der reichen Segnungen, welche das Reformationswerk Luthers über Deutschland gebracht, sei mit dieser Rücksichtnahme durchaus vereinbar. Ob noch weitere Vorträge seitens der Schüler, Deklamationen u. s. w. stattfinden sollen, ist den Directoren u. d. Schulen unter Zustimmung der vorgesetzten Behörde zu überlassen, aber jedenfalls soll die Feier mit Gesang eingeleitet und geschlossen werden. An den Seminarien, welche bei ihrem rein confessionellen Charakter und der musikalischen Ausbildung ihrer Zöglinge eine reichere Gestaltung der Feier ermöglichen, soll eine solche, namentlich musikalische, mit Orchesterbegleitung u. d. m. stattfinden. Bei den unteren Volksschulen schließt die große Verschiedenheit der Einrichtungen die Möglichkeit gleichmässi-ger Anordnungen aus, doch sollen die Vorschriften des allerhöchsten Erlasses je nach den Verhältnissen doch zur Ausführung gelangen. Womöglich ist die Feier in der Kirche abzuhalten. Ueberall soll endlich, wenn irgendwie angängig, die öffentliche Theilnahme an der Feier gestattet sein.

(Abänderung der Maß- und Gewichts-Ordnung.) Aus Berlin schreibt man der M. Ztg.: Mit einer Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung von 1868 wird es nun wirklich Ernst werden. Das Gesetz hat sich von vornherein als unzureichend erwiesen, namentlich bezüglich der technischen Ausführungen. Die Normal-Eichungscommission hat das Verdienst, auf die Mängel des Gesetzes von vorn herein hingewiesen und eine Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung anempfohlen zu haben. Die Umarbeitung der sämtlichen technischen Vorschriften, deren sich die Normal-Eichungscommission im Interesse des öffentlichen Verkehrs unterzogen hat, konnte nur bezüglich der Eichung der Waagen und der Terno-Alftholo-Meter veröffentlicht werden; die übrigen neu bearbeiteten Vorschriften sind so durchaus von einer Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung abhängig, daß sie bis zur Herbeiführung einer solchen vertagt werden müssen.

(Die sogenannte Generalversammlung der deutschen Katholiken) wird dieses Jahr nicht stattfinden, nachdem lokaler Schwierigkeiten wegen die Abhaltung der Versammlung in Keiße abgelehnt worden war, keine der darauf angegangenen Städte „wegen der Kürze der für die Vorbereitungen verbleibenden Zeit die Versammlung glauben übernehmen zu können“ — wie man kirchlicherseits den Verzicht auf die Versammlung motivirt. Die Vermuthung liegt nahe, daß den Leitern des Centrums die Sache in diesem Jahre, angesichts der eigenthümlichen kirchenpolitischen Situation, unbequem er-

schie. Die „Germ.“ bebauert den Ausfall der Versammlung und begründet ihr Bedauern schön wie folgt: „Es wäre von Werth gewesen, vor der Lutherfeier den Protestanten noch einmal zu zeigen, wie man konfessionelle Versammlungen und Feste in vollster Friedlichkeit feiern kann und soll, indem man sich mit der eigenen Vervollkommnung und nicht mit der Kritik des Nachbarn befaßt.“

Cholera in Aegypten.

Kairo, 29. Juli. Die Zahl der hier während der letzten 24 Stunden bis heute früh 8 Uhr an der Cholera Gestorbenen beträgt 322, davon kommen auf Bulak 54, auf Alsfairo 88, auf das Hospital 22, auf die englischen Truppen 3. In Fische starben in dieser Zeit 17, in Barrage ebenfalls 17, in Mehalleh 84, in Schibin-el-Kum 71, in Tantah 46, in Chijeh 51, in Mitgama 22, in Zagazig 14, in Ismallia 4 Personen an der Cholera, unter den letzteren befanden sich 2 Mann von der englischen Garnison.

Provinz und Umgegend.

+ Die vor kurzem gelebete Versammlung der Vorsitzenden der Kriegerbundesbezirke in unserer Provinz behufs Besprechung der Parade der Kriegereine bei Anwesenheit Sr. Majestät fand am Sonntag Mittag im Hotel „Stadt Hamburg“ zu Halle unter dem Vorsitz des Oberst z. D. Herrn von Elyons aus Berlin statt. Anwesend waren die Herren Kameraden General-Major a. D. v. Koethen, Prof. Dr. Schum, Fabrikant v. Markendorf-Freyburg, Brem.-Neut. d. Landw. Hallensleben-Erfurt, Brem.-Neut. Ges.-Werksberg, Fabrikant Fuhrmann und Feuer-Sozietäts-Beamt. Schmalz-Werksberg, sowie noch mehrere Vertreter des 17. Bezirks mit seinen Unterabtheilungen a und b. Hauptzweck der Versammlung war, eine Einigung darüber herbeizuführen, wie sich die Bezirke der Provinz Sachsen und der angrenzenden Bundesstaaten bei Gelegenheit der diesjährigen Kaiserparade zu verhalten haben und welche Maßnahmen erfolgen müssen, um ein geschlossenes Ganze zu bilden. Man stimmte darin überein, daß die Kaiserparade als eine allgemeine Feier der Bezirke des deutschen Kriegerbundes zu betrachten und daher eine rege Theilnahme anzustreben sei. Zur Wahl eines Comités schritten, wählte die Versammlung zum Vorsitzenden den Kam. Gen.-Maj. Herrn v. Koethen, zum Stellvertreter auf Antrag des Kam. Markendorf Herrn Kammerherrn v. Hülfen-Werksberg; das Schriftführeramt wurde von dem Kam. Prof. Dr. Schum übernommen und zum Kassier der Kam. Lüderitz gewählt. Außer den genannten Kameraden wurden in das Comite von jedem sich theilnehmenden und vertretenen Bezirke die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder entsandt. Hierauf ging die Versammlung zur Besprechung der nöthigen Maßregeln über, und reichte sich hieran ein Vortrag des Herrn v. Elyons über das gesammte Kriegereineleben. Mit einem Hoch auf Se. Majestät schloß sodann die Sitzung.

+ Der aus Kiel in Halle angekommene Zirkus Herzog hat am Sonntag Abend unter großem Beifall des zahlreich anwesenden Publikums seine Eröffnungs-Vorstellung gegeben. — Nach Schluß der Zirkus-Vorstellungen soll das Zirkusgebäude ev. zu einem Interims-theater eingerichtet werden.

+ In Annaburg begingen am letzten Freitag die Steuereinsnehmer a. D. Dreßschen Leute die Feier ihrer diamantenen Hochzeit.

+ In dem Drie Wenzleben ist eine jugendliche Falschmünzerbande von sieben Burschen im Alter von 16 bis 19 Jahren entdeckt worden. Die Werkzeuge und mehrere schon angefertigte Markstücke wurden mit Beschlagnahme.

+ Wie der S. Ztg. aus Mühlhausen berichtet wird, ist eine Familie L. daselbst durch den Genuß rohen Schweinefleisches mit der Fleischermeister T. daselbst verkaufte Freitag Schweinefleisch, ehe er sich im Besiz

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M 149.

Mittwoch den 1. August.

1883.

Für die Monate August und September werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 80 reuß. Sgr. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen. In der Expedition finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

* * Peter und Zorka.

Mögen Rußland und Oesterreich äußerlich noch freundlich zu einander thun, auf der Balkanhalbinsel führen sie ununterbrochen einen vorläufig unterirdischen Kampf. Beide sind überzeugt, daß sie einmal mit einander auf Tod und Leben ringen werden, um zu entscheiden, ob das griechische oder das lateinische Kreuz zwischen dem Bosnus und der Adria herrschen soll. Oesterreich bereitet sich darauf vor, zu geeigneter Stunde von Bosnien aus seinen Weg nach Saloniki anzutreten. Rußland hat alle Balkanländer mit einem Netze von Agenten überzogen und der russische Rubel läßt seine alte Zugkraft aus von Dalmatien bis zum Bosporus.

Bulgarien ist bis jetzt nur eine russische Satrapie; ja Fürst Alexander hat in seinem Lande weniger Macht als ein orientalischer Satrap. Russische Generale regieren das Land und lassen den Fürsten nur die Rolle einer einflußlosen Puppe. Derselbe füllt die traurige Rolle, die er spielen hat, tief, und viele Bulgaren sind des russischen Uebermuths auch schon satt; aber der Verfassungsbruch Alexanders steht zwischen ihm und dem Volke, und auch für die Zukunft der Krone beraubt, wird er schwerlich der Gründer der neuen Dynastie sein. Schon hat Rußland mehrere Candidaten in petto.

Montenegro ist durch russisches Geld und russischen Einfluß geschaffen; es wird auch dadurch fortgesetzt erhalten. Die Schwarzen Berge sind für Oesterreich ein unangenehmes Stück in dem westlichen Theile der Halbinsel, den es zu sich in seinen Machtbereich zu ziehen begriffen ist. Nur Serbien ist dem russischen Einfluß im Augenblick nicht unterthan. Sich von Rußland Zeit lang zurückgesetzt fühlend und dem österreichischen Einfluß seit der Occupation Bosniens als früher verfallen, hat Milan sich seit dem Austritt des russischgesinnten früheren Ministerpräsidenten Nikitsch näher an Oesterreich angelehnt und sich dadurch die tödliche Feindschaft Rußlands zugezogen. Wie groß diese ist, erhellt daraus, daß Rußland als Werkzeug die Feinde der herrschenden Familie Obrenowitsch vorzuziehen: die Familie Karageorgewitsch. Tod im wahren Sinne des Wortes; denn Begründer dieser Familie, der berühmte „schwarze Georg“, Serbiens Befreier wurde auf Ansehen von Milosch Obrenowitsch ermordet, und Milosch's Sohn, Fürst Michael, fiel unter der Hand der Mördern, die der Sohn des schwarzen Georg, Fürst Alexander Karageorgewitsch gedungen; Fürst Alexander erntete nicht die Frucht des Mordes; aber sein Erwärter wurde der junge Milan Karageorgewitsch. Alexanders Sohn, Fürst Peter, ist es nun, den Rußland gegen Milan auspielt. Eigentlich ist's ein russischer Leufel. Peter's Vater Alexander ist zwar von 1842 bis 1858 Fürst von Serbien gewesen; er da gepart, soll aber durch die verheer-

benen Putz- und Mordversuche ziemlich draufgegangen sein. Als Prinz Peter vor einiger Zeit nach Cetinje ging und um die Tochter des Fürsten Nikita, die in Petersburg erzogene Prinzessin Zorka, anhielt, soll deren Vater zunächst ein langes Gesicht gemacht haben. Aber es war Rußlands Wunsch, daß Peter und Zorka ein Paar würden, und der russische Rubel hat die Bedenken Nikita's beseitigt: der Kaiser soll der Braut eine Aussteuer und dem jungen Paare eine Abnagge ausgesetzt haben, und so wird denn am 11. August zu Cetinje die Hochzeit stattfinden; der Kaiser von Rußland wird sich dabei von einem General vertreten lassen. Wahrscheinlich werden Peter und Zorka in der Geschichte der Balkanstaaten noch eine Rolle zu spielen berufen sein.

Politische Ueberflacht

Die Reise des Grafen Kalnochy nach Gastein, die zwei Audienzen, welche ihm Kaiser Wilhelm gewährt und die darauf erfolgte Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler werden in der diplomatischen Welt eifrig besprochen. Es findet sich kaum Jemand, welcher der Versicherung der Offiziösen, der Besuch des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen in Gastein habe keinen politischen Beweggrund gehabt, Glauben schenkte. Hätte es sich nur um Beratungen wegen der Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph gehandelt, so würde die Entsendung des Oberhofmarschalls oder eines anderen Hofwürdenträgers genügt haben; denn seit Jahren haben die Zusammenkünfte der beiden Kaiser in Gastein oder Ischl den Charakter freundschaftlicher Besuche angenommen.

Im italienischen Kriegsministerium geht man seit längerer Zeit mit dem Plane um, auf der Insel Sardinien Befestigungen anzulegen. Ein höherer Marineoffizier ist mit speziellen Studien in dieser Angelegenheit beauftragt worden und dürften dessen Vorschläge zunächst auf die Befestigung der Häfen Cagliari und Portoferrato hinausgehen. Ueber die Zustände in Süd-Afrika wird der „Times“, aus Durban vom 26. Juli berichtet: Die Meldung von Ubepeus erfolgreichem Angriff von Ulundi hat sich bestätigt. Ubepeu machte, wie es scheint, einem plötzlichen Angriff unverzüglich nach Sonnenaufgang, der eine Panik unter Ketschwayos Anhängern verursachte, welche deren gänzliche Niederlage zur Folge hatte. Ketschwayo wurde getödtet und viele seiner hervorragendsten Häuptlinge sowie alle seine Weiber theilten sein Loos. Ulundi und Ndowengu wurden eingekerkert und das ganze Eigenthum Ketschwayos einschließlich der Geschenke, welche er in England empfangen hatte, ward vernichtet. Ubepeu marschirte sofort zurück, um Umnyaman und Undabuka anzugreifen. Ketschwayo's Sohn, Dabulamangzi und andere Häuptlinge haben sich nach Guluwani in dem reservierten Territorium zurückgezogen. Es herrscht große Aufregung in dem Lande. Nur ein Theil von Ketschwayos Anhang wurde bei Ulundi geschlagen. Ubepeu ist jetzt damit beschäftigt, Dham zu befreien. Es ist gegenwärtig unmöglich, die Zukunft selbst in der allgemeinsten Weise anzudeuten.

Deutschland.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist, von der Frau Fürstin Bismarck, dem Grafen Wilhelm Bismarck und Dr. Schweinitzer begleitet, am Sonnabend Abend 9 Uhr 45 Minuten in Kissingen eingetroffen und von dem zahlreich versammeltem Publikum freudigst mit Hochrufen begrüßt worden.

— (Zur Schulgelddfrage.) In neuerer Zeit hat dem Vernehmen nach der Unterrichtsminister den Aufsichtsbehörden empfohlen, auf die Beseitigung oder Ermäßigung des Schulgeldes bei den Volksschulen hinzuwirken. Dies ist ohne Zweifel auf Veranlassung des Fürsten Bismarck geschehen, welcher bereits in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Februar 1881 der Forderung des Abg. Richter zustimmte, die Elementarlehrer durch Aufhebung des Schulgeldes von den Gemeinden unabhängiger zu machen. Für Aufhebung des Schulgeldes war auch der frühere Cultusminister Dr. Falk eingetreten, weil die Verfassung dasselbe ausdrücklich ausschließt. Im Art. 25 der Verfassung heißt es nämlich: „In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.“ Wie das zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Sage, der unmittelbar vorhergeht: „Die Mittel zur Unterhaltung der Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens vom Staate aufgebracht.“ Beide Sätze zusammengenommen bedeuten: Die Kosten für die Schule und den Lehrer sollen nicht durch ein Schulgeld für das einzelne Kind, sondern von der Gemeinde

